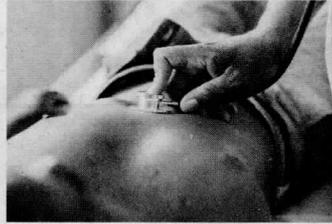


27/12/2017 21

### Blaumachen

Der Regierungsrat will keine Jokertage für Gymnasiasten.

25



### Ruedi Lüthy

Der Arzt kämpft in Afrika gegen Aids und Armut.

22, 23



# ungsschalter

### Die Ecke

## Rollenspiel

Der Fall Pauli im Entsorgungsdepartement habe seinen journalistischen Instinkt geweckt, sagte Paulis Chef Filippo Leutenegger. Warum bloss unterdrückt der FDP-Stadtrat diesen in den Stadtratssitzungen? (bra)

## Elmer scheitert vor Bundesgericht

Ex-Banker Rudolf Elmer hat vergeblich versucht, einen ehemaligen Oberrichter vor Gericht zu bringen.

### Thomas Hasler

Im August letzten Jahres war Rudolf Elmer vom Obergericht wegen versuchter Nötigung, Drohung und Urkundenfälschung verurteilt, vom Vorwurf der Bankgeheimnisverletzung aber freigesprochen worden. Peter Marti, damals Vorsitzender des Gerichts, sagte in der mündlichen Urteilsöffnung und -begründung: «Sie sind kein Whistleblower, sondern ein ganz gewöhnlicher Krimineller, ein nur auf seinen eigenen Vorteil bedachter Krimineller. Ein richtiger Whistleblower steht zu dem, was er gemacht hat, und beruft sich auf Rechtfertigungsgründe.»

Der 61-jährige ehemalige Offshorebanker und Manager der Bank Julius Bär betrachtete diese Äusserungen als ehrverletzend und reichte Strafanzeige wegen Verleumdung ein. Weil es sich beim - inzwischen zurückgetretenen - Ober-

# rungsschalter

er hat Folgen: Innert dreier Wochen sind  
ie SVP tobt - und erhält Unterstützung.

13-mal mehr als im Schwei-  
mitt. Genf erreicht diesen  
ie letzten zwölf Monate.  
rte wird allenfalls die Stadt  
chen, der Kanton aber  
die Reaktionen auf Fehrs  
rhalten bis negativ. Wäh-  
nterthur und Uster noch  
wollen, meldet Dietikon,  
erreaktion geplant sei. Die  
ssetzungen für den Erwerb  
r Bürgerrechts würden «zu  
it auf der Website publi-  
hrs Empfehlung gar nichts  
n die vom TA angefragten  
olketswil und Oberstamm-  
he hinter der Verschärfung  
chtspraxis und sehen kei-  
Einbürgerungen zu forcie-  
olketswils Gemeindepräsi-  
ilippe Pinto (CVP). Auch  
rechtsstaatlich brisant, jene  
, sich jetzt noch einbürgern  
dies nach dem Willen des  
künftig nicht mehr dür-

Informationskampagne  
ne Zwängerei. Auch Martin  
, Gemeindepräsident von  
eim, gibt sich skeptisch. Er  
ie Amtskollegen im Bezirk  
würden bestimmt keine  
verschicken: «Jene, die sich  
ssen wollen, sind integriert  
ich ohnehin von selbst.»

zig sind die Zahlen vor allem  
derungen. So sanken die  
, was zu einem Run auf die  
sbürgerschaft führte. Ab 2007  
id die doppelte Staatsbürger-  
kam erschwerend der Sprach-  
ne, die nicht in der Schweiz in-  
ngen sind. Die Unsicherheiten  
r Ausschaffungs-, Massen-  
und der Durchsetzungsinitia-  
falls Einfluss. Auch könnte  
en Februar vom Volk angenom-  
te Einbürgerung für die dritte  
ation auswirken. (pu)

Die meisten angefragten Städte und  
Gemeinden haben auch ohne Brief ein  
erhöhtes Interesse an Einbürgerungen  
festgestellt. In Winterthur heisst es, die  
Betroffenen hätten von den Gesetzes-  
verschärfungen sehr wohl Kenntnis.

## SVP-Angst vor neuen Mehrheiten

Während sich die Gemeinden zurückhal-  
ten, ist die SVP empört. Sie hat gestern  
eigens zu einer Medienkonferenz geru-  
fen. Nationalrat Thomas Matter sprach  
von einer «Masseneinbürgerung», wel-  
che «noch gefährlicher» sei als die «Mas-  
seneinwanderung». Die Eingebürgerten  
könnten an der Urne über «unser Volks-  
vermögen» bestimmen, so Matter. Er be-  
fürchtet gar eine «Umwälzung der politi-  
schen Entscheide». Laut Studien wäh-  
len und stimmten die Eingebürgerten  
linker und internationaler als die Ur-  
Schweizer. 2011 hätten 24 Prozent der  
«Wähler mit Migrationshintergrund»,  
aber nur 17 Prozent der gebürtigen  
Schweizer SP gewählt. So sprach Matter  
von Stimmenkauf durch die SP. Kantonal-  
parteipräsident Konrad Langhart  
warnte gar vor «neuen Mehrheiten».

Während Mauch eher mit Partizipation  
argumentierte, brachte Jacqueline  
Fehr auch eine Nationalfonds-Studie ins  
Spiel, wonach die Einbürgerung die Inte-  
gration fördere. Das sei Unsinn, meinte  
Langhart: «Die Einbürgerung ist der Ab-  
schluss und nicht der Anfang einer Inte-  
gration.» Matthias Hauser, Gemeinde-  
präsident von Hüntwangen, sprach von  
einem Machtmissbrauch der beiden SP-  
Politikerinnen. Exekutiven hätten umzu-  
setzen, was Parlamente und Volk vorge-  
ben. Baudirektor Markus Kägi (SVP) habe  
nach der Annahme der Kulturlandinitia-  
tive auch die Landeinzonungen ge-  
stoppt, bis alles gesetzlich geregelt war.  
Im Fall der Einbürgerungen hätten die  
eidgenössischen Räte im Juni 2014 die  
Richtlinien verschärft, erinnerte Na-  
tionalrat Mauro Tuena. Ein Referendum da-  
gegen wurde nicht ergriffen. «Die SP  
wusste selbst, dass sie damit beim Volk  
nicht durchkommt», sagte Tuena.

Kommentar Seite 2

bedachter Krimineller. Ein richtiger  
Whistleblower steht zu dem, was er ge-  
macht hat, und beruft sich auf Rechtfertig-  
ungsgründe.»

Der 61-jährige ehemalige Offshore-  
banker und Manager der Bank Julius Bär  
betrachtete diese Äusserungen als ehr-  
verletzend und reichte Strafanzeige we-  
gen Verleumdung ein. Weil es sich beim  
- inzwischen zurückgetretenen - Ober-  
richter um eine Magistratsperson han-  
delt, musste der Kantonsrat die Ermäch-  
tigung zur Strafverfolgung erteilen. Die  
Geschäftsleitung verweigerte jedoch auf  
Antrag der Justizkommission die Er-  
mächtigung.

## Politisches «Urteil» ist erlaubt

Elmer beschwerte sich vor Bundesge-  
richt gegen die verweigte Ermächti-  
gung. Der Fall hätte dem Kantonsrat als  
Ganzem vorgelegt werden müssen und  
nicht durch die Geschäftsleitung erle-  
digt werden dürfen. Zudem hätten die  
vier SVP-Kantonsräte, die der gleichen  
Partei angehören wie Oberrichter Marti,  
in den Ausstand treten müssen. Das  
Bundesgericht wies die Beschwerde ab,  
wie aus dem am Freitag veröffentlichten  
Urteil hervorgeht.

Mit seinen Rügen berufe sich Elmer  
vor allem auf kantonales Gesetzesrecht.  
Dieses überprüfe das Bundesgericht  
aber nur in Bezug auf Willkür. Willkürli-  
ches Entscheiden werde aber «nicht  
substanziert behauptet, geschweige  
denn dargetan». Im Wesentlichen erin-  
nerten die Lausanner Richter an ihre  
frühere Rechtsprechung und die rechtli-  
chen Grundlagen.

Danach dürfen bei der Beurteilung,  
ob eine Strafuntersuchung erlaubt wer-  
den soll, «nicht nur strafrechtliche Ge-  
sichtspunkte allein, sondern auch poli-  
tische beziehungsweise staatspolitische  
Überlegungen berücksichtigt werden».  
Ein solcher Entscheid hätte dann nicht  
einen juristischen, sondern überwie-  
gend politischen Charakter.

## Sachurteil noch offen

Solche Entscheide darf der Kanton von  
der Rechtswegearantie ausnehmen.  
Mit anderen Worten: Elmer hatte nur be-  
schränkte Beschwerdemöglichkeiten.  
Konkret hatte er nur Anspruch darauf,  
dass der Kantonsrat seine Überlegungen  
zur Kenntnis nimmt und ihm anschlies-  
send ein begründeter Entscheid mitge-  
teilt wird.

Das Urteil des Obergerichts vom Au-  
gust letzten Jahres, 14 Monate bedingt,  
ist übrigens von Elmer und der Staatsan-  
waltschaft angefochten worden, aber  
noch vor Bundesgericht hängig. Obwohl  
in einem zentralen Punkt freigespro-  
chen, wurde Elmer der Grossteil der Ge-  
richts- und Untersuchungskosten auf-  
gelegt - insgesamt etwa 350 000 Franken.

Urteil 1D\_4/2017